

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine, Dr. Gesine Löttsch
und der Fraktion DIE LINKE.**

Gesetzliche Regelung für frühere Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretäre zur Untersagung von Tätigkeiten in der Privatwirtschaft, die mit ihrer ehemaligen Tätigkeit für die Bundesregierung im Zusammenhang stehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ehemalige Mitglieder der Bundesregierung und Staatssekretäre haben nach ihrem Ausscheiden aus der Regierungsverantwortung unmittelbar oder in sehr kurzer Zeit eine Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit in Unternehmen aufgenommen, die einen engen Zusammenhang mit ihrer zuvor für die Bundesregierung ausgeübten Tätigkeit nahe legt.

Dieses Vorgehen schadet dem Ansehen der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages. Es kann der Verdacht entstehen, dass die zuvor ausgeübte Tätigkeit als Mitglied der Bundesregierung im Interesse eines Unternehmens oder allgemein einer zukünftigen Beschäftigung oder Erwerbstätigkeit gestanden hat.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

eine gesetzliche Regelung zu schaffen, die es früheren Mitgliedern der Bundesregierung und ihren Staatssekretären untersagt, in den ersten fünf Jahren nach ihrer Tätigkeit in Regierungsverantwortung eine Tätigkeit in der Privatwirtschaft aufzunehmen, die im Zusammenhang mit ihrer Tätigkeit in Regierungsverantwortung steht.

Berlin, den 8. März 2006

Dr. Gesine Löttsch
Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

